

# politisches Kalenderblatt

Pressediensnt für zeitgeschichtliche Jahrestage

## Juni 93

- 1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30
- 08.06.1990** Vor 3 Jahren: Die "Nato-Botschaft von Turnberry":  
Das Ende der Ost-West-Konfrontation
- 17.06.1953** Vor 40 Jahren: Aufstand in der DDR - die Rote Armee  
rettet das Ulbricht-Regime
- 20.06.1948** Vor 45 Jahren: Die Geburtsstunde der "D-Mark":  
Währungsreform in den Westzonen
- 21.06.1990** Vor 3 Jahren: Grenzgarantie für Polen
- 23.06.1983** Vor 10 Jahren: "Die DDR wird vor der Geschichte nicht  
bestehen"
- 24.06.1948** Vor 45 Jahren: Beginn der Berlin-Blockade
- 26.06.1963** Vor 30 Jahren: "Ich bin ein Berliner"
- 28.06.1988** Vor 5 Jahren: Europa-Durchbruch in Hannover
- 29.06.1983** Vor 10 Jahren: Milliardenkredit für die DDR

## Die "Nato-Botschaft von Turnberry": Das Ende der Ost-West-Konfrontation

**A**nfang Juni 1990 findet im schottischen Turnberry eine Ministertagung des Nordatlantikrates statt, die zu einem Meilenstein auf dem Weg zu einer neuen Ordnung in Europa wird. In der "Botschaft von Turnberry" vom 8. Juni - heute vor 3 Jahren - finden sich Formulierungen, die nur ein halbes Jahr zuvor unvorstellbar gewesen wären: "Wir, die Außenminister der Allianz, bekunden unsere Entschlossenheit, die historische Chance zu ergreifen, die sich aus den grundlegenden Veränderungen in Europa ergibt, um eine neue europäische Friedensordnung zu schaffen, gegründet auf Freiheit, Recht und Demokratie. In diesem Geiste reichen wir der Sowjetunion und allen anderen europäischen Ländern die Hand zu Freundschaft und Zusammenarbeit . . ." Die Erklärung ist vor allem ein Ergebnis engster deutsch-amerikanischer Kooperation: US-Präsident George Bush und Bundeskanzler Helmut Kohl haben auch in diesem Fall diskret gemeinsam Regie geführt.

Tags zuvor haben die Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts auf ihrer Tagung in Moskau festgestellt, "daß das ideologische Feindbild . . . überwunden ist" und frühere Erklärungen gegenüber der NATO "nicht mehr dem Geist der Zeit" entsprechen. Innerhalb weniger Monate hat es zwischen den Militärbündnissen in Ost und West mehr Bewegung gegeben als in Jahrzehnten steriler und erstarrter Konfrontation zuvor. Es sind vor allem die friedliche Revolution in der DDR und der unaufhaltsame Zug in Richtung der deutschen Wiedervereinigung, die die Kontrahenten des Kalten Krieges aus ihren politischen und militärischen Schützengräben treiben. Plötzlich will der Warschauer Pakt seine eigene Rolle und Funktion "überprüfen" und sich in ein Bündnis "souveräner, gleichberechtigter Staaten" verwandeln, das "auf demokratischen Prinzipien beruht". Die NATO ihrerseits kündigt die Überprüfung ihrer Militärstrategie an und lobt "den positiven Geist" der Moskauer Erklärung.

Es ist das Ende der Ost-West-Konfrontation und der Durchbruch zu ganz neuen Strukturen europäischer Sicherheit und Zusammenarbeit. Und so, wie die Spaltung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg zur dauernden Konfrontation hochgerüsteter Militärmaschinerien mitten in Europa geführt hat, so verschwindet mit Mauer und Stacheldraht auch die Existenzgrundlage für die Bündnisse alten Stils. Kooperation tritt an die Stelle von Konfrontation, aus dem Wunsch nach "kooperativer Sicherheit" wird eine Realität. In Turnberry zeigt sich in Umrissen bereits eine gewandelte NATO, während für den Warschauer Pakt bereits das Ende in Sicht rückt. Die weiteren Schritte sind jetzt vorgezeichnet: Rolle und Strategie der NATO werden neu bestimmt; auf der politischen Tagesordnung ganz oben stehen ein gesamteuropäischer Gewaltverzicht und der Ausbau der KSZE-Strukturen. Konventionelle Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa - auf die der Westen so lange hingearbeitet und auf die er so lange gewartet hat - befinden sich vor dem entscheidenden Durchbruch.

Die "Botschaft von Turnberry" ist eine der richtungsweisenden Stationen inmitten der historischen Epochenwende von 1989/90. Und indem sie den Weg frei macht für die Um- und Neugestaltung der Bündnisse, schafft sie zugleich eine wichtige Voraussetzung für die spätere NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschland.

## Aufstand in der DDR - die Rote Armee rettet das Ulbricht-Regime

Am 17. Juni 1953 - heute vor 40 Jahren - wird der Aufstand gegen die kommunistische Zwangsherrschaft in der DDR mit militärischen Mitteln niedergeschlagen. Bereits am 16. Juni sind die Bauarbeiter in der Ost-Berliner "Stalin-Allee" in den Streik getreten und in großen Protestzügen vor die Regierungsgebäude in der Leipziger Straße marschiert. Zwar hat die SED in den allerletzten Tagen ihren gewaltsamen Klassenkampf von oben etwas gelockert; aber die Aktion hat sich an der Weigerung des Politbüros entzündet, die am 28. Mai verfügte Erhöhung der Arbeitsnormen zurückzunehmen. Dies geschieht zwar im Laufe des 16. Juni, aber der Rückzieher kommt zu spät: Der Streik weitet sich zum Volksaufstand gegen das Ulbricht-Regime aus und erhebt zunehmend politische Forderungen. Von dem Schlachtruf der Bauarbeiter - "Wir wollen freie Menschen sein!" - ist es nur ein Schritt bis zur Forderung nach dem Sturz der SED und dem Ende ihrer totalitären Herrschaft im Schatten der Roten Armee.

Am 17. Juni fordern die Menschen in Ost-Berlin, Magdeburg, Halle, Leipzig, Dresden, Chemnitz, Erfurt, Jena und zahlreichen anderen Städten der DDR freie Wahlen und nationale Einheit. Betriebsleitungen werden abgesetzt, politische Zentralen und Verwaltungsbüros gestürmt; an verschiedenen Orten gerät der Aufstand außer Kontrolle. Für die Sowjetunion stellt sich die Machtfrage. Mittags fallen in Ost-Berlin die ersten Schüsse; sowjetische Panzer räumen die Straßen, Volkspolizisten schießen in die Menge. In 167 von 217 Kreisen der DDR verhängen die sowjetischen Stadtkommandanten den Ausnahmezustand und das Kriegsrecht. Demonstrationen und lokale Aufstände werden brutal niedergeschlagen. Sowjetische Standgerichte erschießen zahlreiche Aufständische, viele weitere kommen während der Auseinandersetzungen auf den Straßen ums Leben. Die genaue Zahl der Opfer wird niemals ermittelt.

Ulbricht und die SED sind gerettet - und nehmen furchtbare Rache: Massenverhaftungen, neue Terrorurteile und drakonische Strafmaßnahmen stürzen die DDR - dreieinhalb Monate nach dem Tod des sowjetischen Diktators - zurück in den finstersten Stalinismus.

Beim Trauerakt für die Opfer des Aufstands am 23. Juni erklärt Bundeskanzler Konrad Adenauer im Angesicht von mehr als hunderttausend Berlinern vor dem Schöneberger Rathaus: "Neben die Trauer, neben das Mitleid tritt der Stolz auf diese Helden der Freiheit, der Stolz auf alle, die sich auflehnten gegen diese seit nunmehr acht Jahren währende Sklaverei. Das ganze deutsche Volk hinter dem Eisernen Vorhang ruft uns zu, seiner nicht zu vergessen, und wir schwören ihm in dieser feierlichen Stunde: Wir werden seiner nicht vergessen. Wir werden nicht ruhen und wir werden nicht rasten - diesen Schwur lege ich ab für das gesamte deutsche Volk - bis auch sie wieder Freiheit haben, bis ganz Deutschland wieder vereint ist in Frieden und Freiheit."

Am 4. August 1953 verabschiedet der Deutsche Bundestag das Gesetz über den 17. Juni als "Tag der deutschen Einheit". Bis 1990 bleibt er in der Bundesrepublik Deutschland nationaler Gedenk- und Feiertag; dann wird er vom 3. Oktober abgelöst, dem Tag der Wiedervereinigung.

## Die Geburtsstunde der "D-Mark": Währungsreform in den Westzonen

**D**er 20. Juni 1948 fällt auf einen Sonntag. Mit ihm beginnt - heute vor 40 Jahren - eines der gewagtesten Experimente der deutschen Nachkriegsgeschichte. Erstmals greifen die Deutschen selbst in ihrem besiegten und von ihren Besatzern regierten Land entscheidend in ihr eigenes Schicksal ein. Das Experiment, das an diesem Tag anläuft, erlangt politische Bedeutung weit über den engen monetären und wirtschaftlichen Bereich hinaus, in den es auf so nachdrückliche Weise eingreift. Der verantwortliche Mann heißt Ludwig Erhard; das Experiment selbst trägt den Namen Währungsreform.

An diesem Sonntag vor 40 Jahren erhält jeder Deutsche in den drei Westzonen ein "Kopfgeld" in Höhe von 40 DM - das sind zwei Drittel jener insgesamt 60 DM, mit denen die Menschen im Westen Deutschlands in die neue Zeit starten (die restlichen 20 DM gibt es im August). Die längst ruinierte und weitgehend wertlose "Reichsmark" wird eingestampft. Löhne und Gehälter, Miet- und Pachtzinsen, Renten und Pensionen werden im Verhältnis 1:1 umgestellt, die meisten anderen Verbindlichkeiten im Verhältnis von 10:1.

Die Währungsreform erfolgt auf Anordnung der westlichen Besatzungsmächte. Ihre durchschlagende Wirkung aber beruht auf der Gleichzeitigkeit mehrerer Maßnahmen: Ludwig Erhard hat als Direktor für Wirtschaft der Trizonenverwaltung im Alleingang die Preiskontrolle und Bewirtschaftung für die meisten Waren aufgehoben und damit dem Spiel von Angebot und Nachfrage sowie der Preisbildung über den Markt freie Bahn geschaffen. Vom amerikanischen Militärgouverneur Lucius D. Clay zur Rede gestellt, weil er die Bewirtschaftungsvorschriften eigenmächtig geändert und somit in alliierte Rechte eingegriffen habe, gibt Erhard die berühmt gewordene Antwort: "Ich habe sie nicht abgeändert, ich habe sie aufgehoben."

Es ist die Geburtsstunde der "Deutschen Mark" - und zugleich der Beginn einer beispiellosen Erfolgsstory. Denn schon am nächsten Tag - Montag, dem 21. Juni - zeigt sich, daß Erhards Rechnung aufgeht: Plötzlich ist alles zu haben; die Regale sind gefüllt und die Schaufenster voll mit Waren, die es bislang höchstens auf dem schwarzen Markt gab. Den Menschen kommt es vor wie Zauberei: Mit dem neuen Geld kommt schlagartig ein breites Angebot von Konsumgütern ans Licht, das bis dahin in Warenlagern gehortet worden ist. Der Schwarzmarkt verschwindet über Nacht; auch die "Zigarettenwährung" hat ausgespielt. Nach vielen Jahren des Schlange-stehens in Kriegs- und Nachkriegszeit ist es vorbei mit Bezugsscheinen und Lebensmittelkarten. Im Bewußtsein der Westdeutschen wird die Währungsreform zur vielleicht wichtigsten Zäsur dieser Jahre; von nun an geht es wirklich und sichtbar bergauf.

"Währungsreform", "Soziale Marktwirtschaft" und "Wirtschaftswunder" sind die Schlüsselwörter, die den rasanten wirtschaftlichen Wiederaufbau des westdeutschen Nachkriegsstaates bezeichnen. Zugleich beschreiben sie aber auch wichtige Stationen des politischen Wiederaufstiegs der Bonner Republik. Denn aus dem geächteten Feind von gestern wird in wenigen Jahren ein bestaunter, bewunderter - und teilweise auch gefürchteter - Konkurrent und Partner.

Ludwig Erhard, der in der Geburtsstunde der D-Mark - heute vor 40 Jahren - Pate steht, sichert sich mit diesem Tag einen dauerhaften Platz in den Geschichtsbüchern.

## Grenzgarantie für Polen

**A**m 21. Juni 1990 - heute vor 3 Jahren - verabschieden der Deutsche Bundestag in Bonn und die Volkskammer der DDR in Ost-Berlin mit überwältigenden Mehrheiten gleichlautende Entschließungen zur deutsch-polnischen Grenze. Darin ist dem Willen beider deutscher Parlamente Ausdruck verliehen, daß die Oder-Neiße-Grenze in einem völkerrechtlichen Vertrag zwischen dem vereinten Deutschland und der Republik Polen endgültig bekräftigt wird.

Zwar haben die DDR und die Bundesrepublik Deutschland bereits im Juli 1950 bzw. im Dezember 1970 die Unverletzlichkeit der polnischen Westgrenze vertraglich festgeschrieben, aber wegen des Rechtsvorbehalts im Blick auf einen gesamtdeutschen Souverän hat die sich überstürzende Entwicklung zur deutschen Einheit die Grenzfrage abermals zu einem aktuellen politischen Thema gemacht. Klar ist: Die Vereinigung Deutschlands wird von den Vier Mächten - ebenso wie von allen europäischen Nachbarn - nur akzeptiert werden, wenn sie auf der Grundlage der bestehenden Grenzen stattfindet. Nur wenn unmißverständlich jeglicher Argwohn über eventuelle territoriale Ansprüche zerstreut wird, kann die deutsche Einheit in Ost und West - bei Freunden und Verbündeten ebenso wie bei früheren Gegnern - Unterstützung finden. Bundeskanzler Helmut Kohl bringt es im Bundestag auf den Punkt, als er sagt: "Wir stehen heute vor einer ganz klaren Wahl. Entweder wir bestätigen die bestehende Grenze oder wir verspielen unsere Chance zur deutschen Einheit."

Seit Jahrzehnten hat die überwältigende Mehrheit der Menschen in den beiden Staaten auf deutschem Boden die Frage der polnischen Westgrenze als historisch erledigt und abgeschlossen betrachtet. Doch jetzt geht es darum, endgültig und unwiderruflich auf ein Viertel des Territoriums des früheren Deutschen Reiches zu verzichten - verspielt im Zweiten Weltkrieg von der verbrecherischen Politik Hitlers. Vor allem für die nach dem Krieg gewaltsam aus ihrer angestammten Heimat vertriebenen Deutschen stellt die Wahl zwischen Oder-Neiße-Grenze und deutscher Einheit noch immer eine bedrückende Alternative dar; in nuancierten Erklärungen legen ihre Parlamentsvertreter ihre Auffassungen dar und begründen, warum sie der Grenzgarantie dennoch oder warum sie ihr trotz der zum Greifen nahen Einheit nicht zustimmen. Sowohl in der Volkskammer als auch im Bundestag verläuft die Debatte zu diesem Punkt in einer würdigen und dem Thema angemessenen Form.

In der Nacht zum 22. Juni 1990 steht fest: Deutschland wird in den Grenzen von 1990 wiedervereinigt werden. Denn die Parlamente in Bonn und Ost-Berlin haben in namentlichen Abstimmungen nicht nur für die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze, sondern auch für den deutsch-deutschen Staatsvertrag votiert. Damit kann die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion - die Vorstufe zur staatlichen Einheit - plangemäß zum 1. Juli in Kraft treten.

## "Die DDR wird vor der Geschichte nicht bestehen"

**A**m 23. Juni 1983 - heute vor 10 Jahren - gibt Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem Bundestag seinen ersten "Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland" ab. Nach 13 Jahren sozialliberaler Ost- und Deutschlandpolitik ist die Kursbestimmung der neuen Regierung aus Union und FDP mit Spannung erwartet worden. Gleich in seinen einleitenden Sätzen macht Kohl deutlich, daß er die Rechtspositionen und den zutiefst undemokratischen Charakter der DDR künftig stärker betonen wird als unter den Vorgängerregierungen üblich: "Es geht um Deutschland. Es geht um Selbstbestimmung, um Menschenrechte, und es geht um die Einheit unserer geteilten Nation. Wir finden uns nicht damit ab, daß deutschen Landsleuten das Recht auf Selbstbestimmung vorenthalten und daß ihre Menschenrechte verletzt werden. Wir Deutsche finden uns mit der Teilung unseres Vaterlandes nicht ab... Wir resignieren nicht, denn wir wissen die Geschichte auf unserer Seite. Der gegenwärtige Zustand ist nicht unabänderlich."

Kohl signalisiert der DDR ausdrücklich die Bereitschaft, über konkrete Fragen zu verhandeln und im Verhältnis Bonn/Ost-Berlin jene "gutnachbarlichen Beziehungen" anzustreben, von denen schon im Grundlagenvertrag die Rede war. Aber: "Normalität kann nicht entstehen, solange es an der Grenze mitten durch Deutschland Mauer, Stacheldraht, Schießbefehl und Schikanen gibt." Ein Regime, das sich solcher Mittel bedienen müsse, werde vor der Geschichte nicht bestehen.

Kohl bekennt sich zur Politik des Dialogs, des Ausgleichs und der Zusammenarbeit, um die Teilung für die Menschen in der DDR erträglicher zu machen. Allen Zweideutigkeiten in Grundsatzfragen erteilt er jedoch eine klare Absage. Er halte es deshalb "für richtig", so der Kanzler, "daß wir uns auf diejenigen Fragen konzentrieren, die ohne Preisgabe unserer elementaren Grundsätze mit Kompromissen lösbar sind".

In Bonn ist das Echo auf die Kohl-Rede geteilt. Es fehlt nicht an mitleidigen Kommentaren über die "ewig gestrigen" Beschwörungen von Rechtspositionen und über eine angeblich "sterile" Politik, der jenseits des Beharrens auf dem Offenhalten der deutschen Frage nicht viel einfallt. In Ost-Berlin beschäftigt sich die staatliche Nachrichtenagentur ADN ausführlich mit den Erklärungen des Bundeskanzlers. Dieser habe im Widerspruch zu einer vernünftigen Friedenspolitik "von einer angeblich offenen deutschen Frage" gesprochen. Kohls Idee von "der deutschen Nation" werde in der DDR und ihren Partnerländern nicht geteilt. Seine Vorstellung "von der zukünftigen Existenz e i n e s deutschen Staates" sei "illusionär". Vielmehr sei "der überwiegende Teil der Menschheit der Meinung", daß es "am besten" sei, "die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs und der Nachkriegsentwicklung zu nehmen, wie sie sind".

Heute, 10 Jahre später, trennen uns noch gut drei Monate vom dritten Jahrestag der Deutschen Einheit.

## Beginn der Berlin-Blockade

In der Nacht zum 24. Juni 1948 verhängt die Sowjetunion eine völlige Sperre des Personen- und Güterverkehrs nach West-Berlin. Neben den Schienen- und Straßenwegen werden kurz darauf auch die Wasserwege gesperrt sowie alle Strom- und Lebensmittellieferungen gekappt. West-Berlin, das ringsum von sowjetisch besetztem Territorium eingeschlossen ist, wird kurzerhand als Geisel genommen. So beginnt - heute vor 45 Jahren - die Berlin-Blockade, die fast elf Monate dauern und mehr als jedes andere Ereignis dazu beitragen wird, die politische Nachkriegslandschaft umzustürzen. Aus den siegreichen Verbündeten gegen Hitler werden erbitterte Gegner im "Kalten Krieg", und aus den geschlagenen Feinden von gestern - den Deutschen - werden bald die wichtigsten Verbündeten der westlichen Vormacht Amerika.

Unmittelbarer Anlaß für die Blockade ist die Einführung der neuen D-Mark durch die Westmächte auch in dem von ihnen kontrollierten Teil Berlins. Dahinter aber steht der Kampf zwischen Moskau und den Westalliierten um die politische Zukunft Deutschlands - und letztlich um die Zukunft ganz Europas. Das brutale Erpressungsmanöver der Sowjets mit seinem zynischen Kalkül auf die hungern- den Einwohner West-Berlins reiht sich würdig ein in eine Reihe anderer, finsterner Ereignisse - wie etwa die zwangsweise Installierung kommunistischer Satellitenregime in den Staaten Osteuropas.

Die USA und Großbritannien antworten mit der "Luftbrücke": In einer in der Geschichte einmaligen Aktion werden bis zum 12. Mai 1949 in fast 200.000 Flügen knapp 1,5 Millionen Tonnen Güter nach West-Berlin eingeflogen - von der Trockenmilch über Bau- und Industriematerial bis zur Kohle für die Stromerzeugung. Auch hier sind es die Bilder, die sich den Zeitgenossen am tiefsten einprägen: Berliner Kinder winken von einem Trümmerberg einem der alle zwei bis drei Minuten einschwebenden "Rosinenbomber" zu, die die Stadt und ihre Bewohner am Leben erhalten.

Politisch wird die Berlin-Blockade für die Sowjets zum Bumerang: die Menschen in Westdeutschland und in West-Berlin werden jetzt erst recht ins Lager der Westmächte getrieben, und die Gründung eines westlich orientierten westdeutschen Teilstaats, die Moskau gerade verhindern wollte, wird jetzt zu einem Konzept, zu dem es faktisch keine vernünftige Alternative mehr gibt. Die Berlin-Blockade ist gewissermaßen das Vorspiel zur Teilung Deutschlands und Berlins sowie zur jahrzehntelangen Spaltung des Kontinents - die erst 1989/90 überwunden wird.

Lebendes Symbol des Durchhaltewillens der West-Berliner ist ihr Oberbürgermeister Ernst Reuter (SPD), der - einst selbst Kommunist - unerschütterlich zum Widerstand und zum Aushalten aufruft. Die Wochenschauen tragen den Satz um die Erde, den er vor dem zerstörten Reichstag an eine nach Hunderttausenden zählende Menge richtet: "Ihr Völker der Welt, schaut auf diese Stadt!"

## "Ich bin ein Berliner"

Am 26. Juni 1963 - heute vor 30 Jahren - besucht der amerikanische Präsident John F. Kennedy das eingeschlossene West-Berlin. Es ist der krönende Abschluß seines viertägigen Deutschland-Besuchs, der ihn zuvor schon nach Bonn, Köln, Hanau, Frankfurt und Wiesbaden geführt hat. Der siebenstündige Aufenthalt in Berlin wird zu einer einzigen Triumphfahrt, wie sie die Stadt weder vorher noch später erlebt hat. Fast alle Bewohner der Halbstadt scheinen auf den Beinen zu sein; Schätzungen gehen von anderthalb Millionen Menschen aus, die dem Präsidenten auf seiner 52 Kilometer langen Fahrt durch die Straßen Berlins zjubeln. Am Brandenburger Tor und am Ausländerübergang "Checkpoint Charly" in der Friedrichstraße besichtigt er die Mauer; vor dem Gewerkschaftskongreß der IG Bau, Steine, Erden hält er eine Ansprache, vor dem Schöneberger Rathaus spricht er zu den Berlinern und in der Freien Universität nimmt er deren Ehrenbürgerrechte entgegen, ehe er am späten Nachmittag mit seiner Sondermaschine von Berlin-Tegel zum Weiterflug nach Irland abhebt, der nächsten Station seiner Europa-Reise.

Die wenigen Stunden in Berlin prägen sich den Zeitgenossen unauslöschlich ein. Es gibt Momente, in denen Fotos zu Geschichte gerinnen. Diese gehören dazu: der Jubel, der Beifall, die Huldigungen von Hunderttausenden; die nicht enden wollenden "Kennedy"-Rufe; die Blumen und Fahnen und der Konfettiregen - und immer wieder neue Straßen mit unübersehbaren Menschenmengen, überladenen Balkonen, dicht besetzten Fenstern, Luftballons, Silvesterschlangen. Eine endlose Kolonne "Weißer Mäuse", dann, im Fond des riesigen, offenen "Lincoln", der junge US-Präsident, der gemeinsam mit dem alten Bundeskanzler Adenauer und dem Regierenden Bürgermeister Brandt die Ovationen der Menge entgegennimmt - es sind Szenen, die niemand vergißt, der sie - und sei es nur am Fernsehschirm - miterlebt hat.

Die Dankbarkeit der Berliner für den Schutz Amerikas - die ersten Flugzeuge der Luftbrücke sind auf den Tag genau vor 15 Jahren in West-Berlin gelandet - und ihr trotziges Ausharren auf der von den USA verteidigten "Insel der Freiheit" verbinden sich mit der Hoffnung auf den Tag, an dem ganz Berlin und ganz Deutschland frei sein werden. Und genau dieser Hoffnung verleiht Kennedy in seiner Rede vor dem Schöneberger Rathaus Ausdruck, die zum absoluten Höhepunkt seines Aufenthalts in der geteilten Stadt wird. 400.000 Menschen haben sich versammelt, und ihr Jubel steigert sich zum minutenlangen Orkan, als der amerikanische Präsident den Satz ausspricht: "Ich bin ein Berliner." Während immer neue Beifallswogen über die Menge hinweggehen, Menschen reihenweise in Ohnmacht fallen und Kennedy, Adenauer und Brandt ernst auf der Balustrade stehen, dröhnt die Freiheitsglocke über den Platz.

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10
- 11
- 12
- 13
- 14
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20
- 21
- 22
- 23
- 24
- 25
- 26**
- 27
- 28
- 29
- 30



## "Ich bin ein Berliner"

### Hintergrund

#### Dokumentation: Ansprache Präsident Kennedys vor dem Schöneberger Rathaus, 26. Juni 1963 (Auszüge)

Ich bin stolz, in diese Stadt zu kommen als Gast Ihres hervorragenden Regierenden Bürgermeisters, der in allen Teilen der Welt als Symbol für den Kampfgeist Westberlins gilt. Und ich bin stolz, auf dieser Reise die Bundesrepublik mit Ihrem hervorragenden Bundeskanzler besucht zu haben, der während so langer Jahre Deutschland nach den Richtlinien der Demokratie, der Freiheit und des Fortschritts geführt hat . .

Vor zweitausend Jahren war der stolzeste Satz, den ein Mensch sagen konnte, der : "Ich bin ein Bürger Roms." Heute ist der stolzeste Satz, den jemand in der freien Welt sagen kann: "Ich bin ein Berliner . ."

Es gibt Leute, die sagen, dem Kommunismus gehöre die Zukunft. Sie sollen nach Berlin kommen ! . .

Ein Leben in Freiheit ist nicht leicht, und die Demokratie ist nicht vollkommen. Aber wir haben es nie nötig gehabt, eine Mauer zu bauen, um unsere Leute bei uns zu halten und sie daran zu hindern, woanders hinzugehen . .

Ich kenne keine andere Stadt, die jemals 18 Jahre lang belagert wurde und dennoch mit einer solchen Vitalität, mit einer solchen unerschütterlichen Kraft, Hoffnung und Entschlossenheit lebt wie West-Berlin.

Die Mauer ist die offensichtlichste und stärkste Demonstration des Versagens des kommunistischen Systems vor der ganzen Welt . .

Was für diese Stadt gilt, gilt für Deutschland. Ein echter Friede kann nicht erreicht werden, solange jedem vierten Deutschen das elementare Recht freier Menschen, das einer freien Entscheidung, verweigert wird. In 18 Jahren des Friedens und erprobter Zuverlässigkeit hat diese Generation der Deutschen sich das Recht verdient, frei zu sein, einschließlich des Rechts, die Familien und die Nation in dauerhaftem Frieden und in gutem Willen gegen jedermann wiedervereinigt zu sehen.

Sie leben auf einer verteidigten Insel der Freiheit . . . Erst wenn alle frei sind, können wir dem Tag entgegensehen, an dem diese Stadt nicht mehr geteilt sein wird, an dem Ihr Land und dieser große Erdteil Europa wiedervereint auf einem friedlichen und hoffnungsvollen Erdball leben werden.

Wenn dieser Tag schließlich kommt - und er wird kommen - , werden die Westberliner mit Genugtuung von sich sagen können, daß sie fast zwei Jahrzehnte lang die Front gehalten haben.

Alle freien Menschen, wo immer sie auch leben mögen, sind Bürger von Berlin. Und deshalb sage ich als freier Mann mit Stolz: "Ich bin ein Berliner."

## Europa-Durchbruch in Hannover

**A**m 28. Juni 1988 - heute vor 5 Jahren - geht in Hannover ein zweitägiger EG-Gipfel zu Ende, auf dem die Zwölfergemeinschaft nach langer Durststrecke den Weg zum vereinten Europa wiederfindet. Unter der deutschen Präsidentschaft hat im ersten Halbjahr 1988 - nach jahrelangem Stocken - der westeuropäische Integrationszug endlich wieder Fahrt aufgenommen. Bereits im Februar ist auf dem Sondergipfel in Brüssel unter dem Vorsitz Bundeskanzler Helmut Kohls ein "Befreiungsschlag" gelungen, durch den die schwere Finanz- und Verteilungskrise beendet wurde, die vier Jahre gedauert und die Gemeinschaft bis zur Bewegungsunfähigkeit gelähmt hat. Jetzt, beim Gipfel in Hannover zum Abschluß der halbjährigen deutschen Präsidentschaft, findet Kohl allgemeinen Beifall für seine Feststellung, daß Europa "wieder da ist, daß wir uns gemeinsam auf die Zukunft besinnen und daß wir die Chance genutzt haben, den Weg zur Europäischen Union unumkehrbar zu machen".

In der Tat: Die Staats- und Regierungschefs der "Zwölf" nehmen unwiderruflich Kurs auf die Schaffung des einheitlichen EG-Binnenmarkts bis Ende 1992 und fassen wichtige Beschlüsse in der Währungs-, Sozial- und Umweltpolitik. Der französische Kommissionspräsident der EG, Jacques Delors, erhält ein einstimmiges Votum zur Verlängerung seiner zum Jahresende auslaufenden Amtszeit. Damit ist klar, daß der Bonner Wirtschaftsminister Martin Bangemann, der auf eigenen Wunsch in die EG-Zentrale nach Brüssel wechseln will, nicht Präsident der EG-Kommission werden kann. Im Votum für Delors drückt sich zum einen das hohe persönliche Lob aus, welches seine Amtsführung auch in Bonn findet: Von den Kommentatoren wird neben dem deutschen Kanzler vor allem ihm das Hauptverdienst an dem politischen Durchbruch zugeschrieben. Zum andern kommt darin zum Ausdruck, daß es ein weiteres Mal die enge Kooperation zwischen Bonn und Paris war, die Europa aus der Krise gerettet und wieder nach vorn gebracht hat. Das Duo Kohl/Mitterrand hat erneut seine Vorreiterrolle in Sachen europäische Einigung unter Beweis gestellt. Delors macht Bundeskanzler Helmut Kohl zum Abschluß des Gipfels in Hannover ein großes Kompliment: "Es wurden in sechs Monaten mehr Probleme gelöst als in den letzten zehn Jahren." Unter der deutschen Präsidentschaft seien "qualitativ und quantitativ mehr Entscheidungen getroffen worden als in den zehn Jahren davor".

## Milliardenkredit für die DDR

**A**m Morgen des 29. Juni 1983 - heute vor 10 Jahren - schlägt in Bonn ein Bericht der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" wie eine Bombe ein. In seinem Aufmacher meldet das Blatt, die Bundesregierung werde der DDR einen Bankkredit in Höhe von einer Milliarde D-Mark zugänglich machen. Der Kredit sei frei verfügbar und werde überdies von der Bundesregierung verbürgt. Kreditgeber sei ein Konsortium westdeutscher Banken unter Führung der Bayerischen Landesbank; der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß sei in die gesamte Transaktion aufs engste eingebunden. Selbst altgediente Bonner Hasen und abgebrühte politische Profis im Regierungsviertel wollen es zunächst nicht glauben. Mittags ist es amtlich: Regierungssprecher Peter Boenisch bestätigt die Meldung und ergänzt sie um die Information, daß das Bundeskabinett am selben Morgen seine Zustimmung gegeben hat und die Bürgschaft für den Kredit übernehmen wird. Die Bundesregierung sehe ihre Entscheidung als einen "wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Beziehungen zur DDR"; sie könne für die Menschen in beiden Teilen Deutschlands eine nützliche Wirkung haben und angesichts einer schwierigen internationalen Lage entspannend wirken. Ausdrücklich bestätigt wird von Boenisch, daß Strauß "einen erheblichen persönlichen Anteil" am Zustandekommen der Vereinbarung habe.

Strauß selbst erklärt kurz darauf öffentlich, er habe das Kreditgeschäft "eingefädelt", und er werde bald in die DDR reisen, um dort mit SED-Generalsekretär Honecker zusammenzutreffen. Die Sensation ist perfekt. Die Bundesregierung, aber vor allem Strauß selbst sieht sich kritischen Fragen ausgesetzt, wie es denn um das Prinzip von "Leistung und Gegenleistung" stehe - denn über irgendwelche politischen Gegenleistungen der DDR ist zu diesem Zeitpunkt nichts bekannt. In Teilen der CSU gibt es sogar offene Empörung; zwei ihrer Bundestagsabgeordneten treten aus der Partei aus und gründen die "Republikaner" - damals eine Splittergruppe, heute eine Partei des äußersten rechten Spektrums, deren Wahlergebnisse im In- und Ausland wachsende Besorgnis auslösen.

Strauß rechtfertigt sich in seinen Erinnerungen für den Milliardenkredit und für seine zahlreichen Kontakte mit dem SED-Devisenbeschaffer Alexander Schalck-Golodkowski - beides noch heute Themen eines Bundestags-Untersuchungsausschusses - nicht zuletzt mit der seinerzeitigen weltpolitischen Situation. In der Tat: Damals - im Sommer 1983 - steht die NATO-Nachrüstung vor der Tür; die Sowjetunion spricht von "Kriegsgefahr", droht mit politischer "Eiszeit" und einem Klimasturz in den ohnehin prekären innerdeutschen Beziehungen. Unter diesem Gesichtspunkt macht der Kredit politisch Sinn, und die von Bundeskanzler Helmut Kohl geführte Bundesregierung zögert nicht, dem heiklen Deal mit der DDR zuzustimmen.

In den folgenden Monaten stellen sich zudem "Gegenleistungen" der DDR ein: Die Grenzabfertigungen verlieren ihren Schrecken und erfolgen korrekt, die Selbstschußanlagen an der innerdeutschen Grenze werden nach und nach abgebaut, die Zahl der Übersiedler in die Bundesrepublik steigt. Vor allem aber: Die Beziehungen zwischen Bonn und Ost-Berlin bleiben auch über den Beginn der Nachrüstung hinweg stabil, die innerdeutsche "Eiszeit" findet nicht statt. Das neue Prinzip "Vertrauen gegen Vertrauen" beginnt sich zu bewähren und führt in den kommenden Jahren zu weiteren menschlichen Erleichterungen und zu einer neuen Qualität in den Beziehungen der beiden Staaten in Deutschland.